Niederschrift

über die 3. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 10.02.2015 im Kreisausschusssaal.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Baumecker
Herr Andreas Muschinsky
Herr Thomas Czesky
Herr Christian Grüneberg

Verwaltung:

Frau Gurske	stellv. Landrätin
Frau Ritschel	Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
Frau Schreiber	Prüfgruppenleiterin Rechnungsprüfungsamt
Frau Leistner	stellv. Amtsleiterin, Sachgebietsleiterin Straßenwesen
Frau Müller	Jugendamt

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Erich Ertl
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Andreas Noack

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:23 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2014
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilung der Verwaltung
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Haushaltssicherungskonzept 2015 5-2204/14-I
- 5.2 Haushaltssatzung 2015 5-2205/14-I
- 6 Informationsvorlagen

- 6.1 Querschnittsprüfung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg in ihrer Funktion als Straßenbaulastträger im Landkreis Teltow-Fläming 5-2249/15-IV
- 6.2 Prüfungsmitteilung zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming des Kommunalen Prüfungsamtes 5-2258/15-LR
- 7 Anfragen der Abgeordneten

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Arbeitsplanung 2015 des Rechnungsprüfungsamtes
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Michael Baumecker, begrüßt alle Anwesenden sehr herzlich. Die Tagesordnung wird bestätigt und die Beschlussfähigkeit festgestellt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2014

Herr Baumecker teilt mit, dass es keine schriftlichen Einwendungen zur Niederschrift vom 23.09.2014 gibt. Damit wird die Niederschrift bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

TOP 4

Mitteilung der Verwaltung

Frau Gurske informiert über die aktuellen Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2015. Anfragen von den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses gibt es dazu nicht.

TOP 5

Beschlussvorlagen

TOP 5.1

Haushaltssicherungskonzept 2015 (5-2204/14-I)

TOP 5.2

Haushaltssatzung 2015 (5-2205/14-I)

Die Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 5.1 und 5.2 erfolgt zusammenfassend. Frau Gurske weist einleitend auf Veränderungen hin, die seit der Einbringung des Haushaltes im Dezember 2014 insbesondere auf Grund der Kürzung der Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen sind. Es erfolgte noch einmal eine kritische Überarbeitung des Haushalts. Der Gesamtüberschuss im Kreishaushalt beläuft sich nunmehr im Ergebnishaushalt auf 6,4 Mio €.

Im Haushaltssicherungskonzept ist noch deutlicher der Umgang mit den freiwilligen Leistungen nachgezeichnet worden, hier insbesondere im Bereich der kreislichen Gesellschaften.

Frau Gurske geht im Folgenden auf die geforderten Einsparungen im Personalbestand ein. Sie verweist auf die strikte Einhaltung eines Verfahrens bei der Wiederbesetzung freiwerdender Stellen. Hier gilt es, eine Checkliste von Seiten des Fachamtes abzuarbeiten.

Perspektivisch soll eine Stellenreduzierung von 53 VZE erreicht werden, wobei in der Gesamtbewertung auch die hohen Teilzeitanteile nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Zu den Produkthaushalten führt Frau Gurske aus, dass diese gegenwärtig in den Fachausschüssen beraten werden.

Herr Muschinsky nimmt Bezug auf das Produkt Volkshochschule. Er sieht hier bei der kommenden Haushaltsplanung Einsparpotentiale. Nach seiner Auffassung ist es Pflichtaufgabe der Volkshochschule die Möglichkeit anzubieten, das Abitur nachzuholen. Für die freiwilligen Angebote der Volkshochschule sollte eine Überprüfung der Gebühren erfolgen, ob diese kostendeckend sind. Eine ähnliche Prüfung regt er auch für den Bereich Soziales an.

Bezug nehmend auf den Sozialbereich erklärt Frau Gurske, dass beispielsweise freiwillige Leistungen u. a. im Bereich der niedrigschwelligen Angebote vorgehalten werden. Das Sozialministerium fordert diese Angebote im Rahmen der „Ambulantisierungsquote“ als Voraussetzung für die Kostenerstattung im Rahmen des SGB XII. Außerdem sei man im Bereich Soziales dazu übergegangen, einen Teil der freiwilligen Leistungen nach Möglichkeit über MBS-Ausschüttungsmittel zu finanzieren. (z. B. die Unterstützung der Seniorenarbeit in den Gemeinden)

Die Anregungen zur Gebührengestaltung bei der Volkshochschule wird Frau Gurske zur Prüfung mitnehmen. Bereits jetzt gibt es ein differenziertes Gebührensystem.

Herr Baumecker sieht die Verwaltung auf einem guten Weg. Es sei eine sehr intensive Arbeit im Rahmen der Haushaltsaufstellung geleistet worden, wobei auch weiterhin daran gearbeitet werden müsse, Potenziale zu erschließen.

Herr Czesky fragt nach, wie die erhöhten Zuschüsse für die Flugplatzgesellschaft Schönhagen erklärt werden können. Frau Gurske wird die Antwort mit dem Protokoll nachreichen (siehe Anlage)

Auf die Nachfrage von Herrn Czesky zu den Personalkosten für Sozialarbeiter an Grundschulen, teilt Frau Gurske mit, dass dort kein Geld eingespart wird. Das Programm werde erst zum Schuljahreswechsel 2015/2016 starten, so dass es sich um keine ganzjährige Finanzierung handelt.

TOP 6

Informationsvorlagen

TOP 6.1

Querschnittsprüfung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg in ihrer Funktion als Straßenbaulastträger im Landkreis Teltow-Fläming (5-2249/15-IV)

Frau Leistner informiert über die Querschnittsprüfung, bei der insbesondere die Aufgabenerfüllung in der Kreisstraßenmeisterei und im Sachgebiet Straßenwesen geprüft wurde.

Das vom Landesbetrieb geforderte Straßeninformationssystem wird auch aus Sicht des Fachamtes für erforderlich gehalten. Bis Ende 2015 soll ein solches System und ein Baumkataster erarbeitet werden. Eine Dienstanweisung zur Durchführung von Streckenkontrollen entsprechend des Hinweises des Kommunalen Prüfungsamtes wird dagegen nicht erstellt, weil es dazu ausreichende gesetzliche Regelungen gibt. Der vergleichende Prüfbericht mit den anderen Landkreisen steht noch aus.

Frau Leistner weist daraufhin, dass die Kreisstraßenmeisterei neben dem Straßennetz auch für die Fläming Skate und die Liegenschaften von Glashütte zuständig ist. Damit hat der Landkreis mit Abstand das größte Aufgabenspektrum, so dass der noch ausstehende Vergleich mit anderen Landkreisen für das Kommunale Prüfungsamt problematisch wird. Auf Grund der sehr begrenzten personellen Kapazitäten (13 Mitarbeiter) und der nicht ausreichenden Fahrzeugausstattung werden im Landkreis Teltow-Fläming Winterdienstleistungen an Fremdfirmen vergeben.

Frau Leistner teilt weiter mit, dass ein Erfahrungsaustausch mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark durchgeführt wurde. Erörtert wurde, ob Vergabe günstiger ist als eigene Leistung.

Im Landkreis Potsdam-Mittelmark sind 30 Mitarbeiter für den Winterdienst, die Pflege und Reinigung der Straßen tätig, so dass dort keine Aufträge an Fremdfirmen vergeben werden. Dadurch ist die Umsetzung der Aufgaben flexibler gestaltbar.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Ausführungen zu. Die Leistungen der Kreismeisterei des Landkreises werden unter den gegenwärtig nicht einfachen Bedingungen anerkannt. Da eine Fremdvergabe nicht in jedem Fall effektiver ist, sollte geprüft werden, ob eine Erhöhung der Kapazitäten der Kreisstraßenmeisterei in Abwägung mit den Einsparzielen des Haushaltssicherungskonzeptes möglich ist.

Herr Muschinsky informiert, dass es darüber ein KGST-Gutachten gibt.

Herr Baumecker teilt mit, dass Abwägungen entstehen, wo welche Kosten entstehen. Wo sollen die Vollzeitäquivalente herkommen? Die Fremdvergabe ist nicht die alleinige Lösung aller Probleme.

Auf Anfrage von Herrn Czesky, wann die Gutachter in der Verwaltung waren, teilt Frau Leistner mit, dass die Prüfung durch das kommunale Prüfungsamt im Herbst 2014 durchgeführt wurde.

TOP 6.2

Prüfungsmitteilung zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming des Kommunalen Prüfungsamtes (5-2258/15-LR)

Frau Müller vom Jugendamt informiert, dass die Prüfung im Januar 2014 stattgefunden hat. Im Februar 2014 gab das Jugendamt die Stellungnahme ab und im Oktober 2014 fand die Auswertung statt. Es sind keine Beanstandungen im Prüfbericht enthalten.

Es gab einen Hinweis, die Abstimmung zwischen wirtschaftlicher Jugendhilfe und Erziehungshilfe zu verbessern. Dazu wurde eine interne Dienstanweisung erarbeitet. Weitere Hinweise wurden mit den freien Trägern der Jugendhilfe bereits ausgewertet.

Herr Muschinsky interessiert sich für die Kosten der Vollzeitpflege und die eines Heimplatzes und fragt nach, welche Unterstützung durch die Abgeordneten erfolgen kann.

Frau Müller führt aus, dass die Kosten eines Heimplatzes mit ca. 3.500 € monatlich um ein vielfaches über denen der Vollzeitpflege durch Pflegeeltern liegt. Jedoch können Pflegeeltern nicht in jedem Fall die notwendigen Hilfebedarfe abdecken, so dass zusätzliche Hilfen durch das Jugendamt finanziert werden müssen. Die Entscheidung, welche Hilfe gewährt wird, ist immer Einzelfall bezogen zu treffen.

Sie teilt weiter mit, dass der Bedarf an Pflegeeltern nicht gedeckt ist. Die Gewinnung von Pflegeeltern erfolgt über Öffentlichkeitsarbeit in der Presse bzw. im Internet.

Herr Muschinsky und Herr Baumecker fragen nach der Kostenexplosion in diesem Bereich. Frau Müller verweist auf die gestiegenen Fallzahlen und die Kostenentwicklung bei den Trägern.-

Spannend wird es dann an der Stelle, wenn der vergleichende Bericht von allen Jugendämtern vorliegt.

TOP 7

Anfragen der Abgeordneten

Herr Muschinsky fragt nach dem Bericht des RPA über die Prüfung der SWFG.

Frau Ritschel informiert, dass die Prüfung abgeschlossen ist und der Prüfungsbericht der Landrätin übergeben wurde. Es wird eine Stellungnahme erarbeitet. In seiner nächsten Sitzung wird sich der Rechnungsprüfungsausschuss damit befassen, sagt Herr Baumecker.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, den 12.03.2015

Baumecker

Walther

Vorsitzender

Protokollantin